

Steffen Alisch

„Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“

Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer



München 2004 – 1. Auflage

Verlag Ernst Vögel, Stamsried

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber	9
Einleitung	11
I. Methodische Zugänge	21
Außenpolitischer Entscheidungsprozess	22
Verhandlungen	24
Zur Quellenlage	27
Arbeit mit Zeitzeugen	30
Forschungsstand	31
II. Rahmenbedingungen der SED-Berlinpolitik	37
Machtstrukturen im SED-Staat	40
West- und Berlinpolitische Institutionen	41
Prinzipien und Perzeptionen	46
III. Die Spaltung Berlins bis zum Mauerbau	51
Die fortschreitende Teilung der Stadt	51
Innerstädtische Verwaltungskontakte bis 1961	55
Die Auslösung einer neuen Berlin-Krise durch das Chruschtschow-Ultimatum	56
Der Mauerbau – eine Bankrotterklärung des SED-Regimes	62
Kommunistische Interpretationen des Mauerbaus	74
Die Neuorientierung der West-Berliner Politik Richtung „Politik der kleinen Schritte“	77
IV. Die Auseinandersetzungen um Passierscheine für West-Berliner	81
Vergebliche Kontaktbemühungen bis zum Sommer 1963	81
Die erste Runde der Passierscheingespräche	95
Die Aktivitäten des MfS in Passierscheinangelegenheiten	104
Der Ablauf des ersten Besuchszeitraums	107
Der Höhepunkt der Passierscheinpolitik – die zweite Vereinbarung	110

	Auf einem absteigenden Ast – die Vereinbarungen Nummer 3 bis 5	116
	Stagnation und Konfrontation – die Passierschein-freie Phase ab 1967 . .	123
V.	Das Vier-Mächte-Abkommen und seine Folgen	145
	Alliierte Gesprächsbereitschaft – neue Hoffnung für Berlin	146
	„Berliner“ Vorfeldgespräche zum Vier-Mächte-Abkommen	156
	Das Vier-Mächte-Abkommen – ein Durchbruch für die geteilte Stadt	163
	„Berliner“ Ausführungsverhandlungen zum Übereinkommen der Alliierten .	165
	Die Endphase der Verhandlungen	179
	Der Durchbruch: Die Vereinbarungen vom Dezember 1971	181
	DDR-Manipulationen an der Einreisestatistik.	192
	Ausblick: Der Reise- und Besucherverkehr bis 1989	199
VI.	Berliner Vertragspolitik nach dem Vier-Mächte-Abkommen	203
	Neue Ziele der SED-(West-)Berlinpolitik.	203
	Die Kontroverse um das Umweltbundesamt	210
	DDR-Bemühungen um Statusveränderungen für Ost-Berlin.	215
	Der neue Pragmatismus auf der innerdeutschen Ebene und die sowjetischen Reaktionen.	222
	Exkurs: Deutsch-deutsche Gespräche zum Teltow-Kanal I	224
	Sowjetische Einwände gegen Pragmatisierungstendenzen	225
	Exkurs: Deutsch-deutsche Gespräche zum Teltow-Kanal II	227
	Neue sowjetische Einwände gegen „unpolitischen“ Pragmatismus.	229
VII.	Statusfragen und praktische Politik	245
	Der Status der Deutschen Reichsbahn in Berlin	245
	Frühe Konflikte um die Deutsche Reichsbahn	246
	DDR-Positionen zur Statusfrage	247
	Die ökonomische Lage der Deutschen Reichsbahn in West-Berlin	255
	Kontaktversuche zu S-Bahn-Fragen	257
	Der Reichsbahnstreik 1980	260
	Übernahmegespräche für die S-Bahn	269
	Weitere Bahngespräche	280
	Schleusen und Wasserstraßen	282
	Status und Humanität – ein Widerspruch?	284

Der West-Berliner Müllexport	287
Abwasser	294
Energieversorgung	297
VIII. Die „Weiterentwicklung“ der Vertragspolitik in den 80er Jahren	299
Ein Tabubruch: Richard von Weizsäcker und der Weg von „technischen“ zu „politischen“ Kontakten zwischen Ost- und West-Berlin	299
Zurück zur Berlin-politischen Normalität – Eberhard Diepgen und das Gegeneinander der beiden 750-Jahr-Feiern	307
IX. Parteikontakte und ihre Folgen	331
Die SEW als Interessenvertreterin der DDR in West-Berlin	331
Die Alternative Liste (AL) – zwischen Anbiederung und Distanz	336
Die SPD auf dem Weg in die Neben-Berlinpolitik I	337
Exkurs: Ostpolitische Auseinandersetzungen in der West-Berliner Sozialdemokratie bis 1981	339
Die SPD auf dem Weg in die Neben-Berlinpolitik II	344
Die rot-grüne Koalition – neue Perspektiven für die West-Berlin-Politik der SED	337
Walter Mompers Besuch bei Erich Honecker	363
Kontaktversuche zu den bürgerlichen Parteien	373
X. Schlussbetrachtung	375
Die Teilung der Stadt	375
Passierscheingespräche	378
Vier-Mächte-Verhandlungen und ihre Folgen	380
Vertragspolitik	382
Parteibeziehungen	386
Fazit	387
Abkürzungsverzeichnis	393
Literatur- und Quellenverzeichnis	397
Personenregister	417

Vorwort der Herausgeber

Das geteilte Berlin gehörte jahrzehntlang zu den wichtigsten Schauplätzen des Kalten Krieges. Während 15 Jahre nach dem Fall der Mauer im Stadtbild nahezu nichts mehr an sie erinnert, zeigen insbesondere die archivalischen Hinterlassenschaften des untergegangenen SED-Staates und die Niederschriften und Erzählungen von Zeitzeugen Berlin als heiß und kalt umkämpfte Nahtstelle in der globalen Auseinandersetzung der Gesellschaftssysteme.

Den kommunistischen Führungen in Ost-Berlin und Moskau galten die Westsektoren Berlins schon seit der unmittelbaren Nachkriegszeit als Pfahl im Fleisch des eigenen Herrschaftsbereichs. Die Beseitigung oder zumindest Neutralisierung dieses „imperialistischen Brückenkopfes“ hatte für die Sozialistische Einheitspartei immer hohe Priorität; ja wurde sogar als existenziell für die Stabilität des eigenen Staatswesens angesehen. Als erster Versuch zur „Übernahme“ West-Berlins kann die gescheiterte elfmonatige Berlin-Blockade 1948/49 betrachtet werden. SED- und MfS-Planungen zur Okkupation des westlichen Teils von Berlin sind bis in die achtziger Jahre hinein belegt. Das langfristige strategische Ziel, die Westmächte aus ihren Sektoren zu vertreiben und ganz Berlin zur Hauptstadt der „Deutschen Demokratischen Republik“ zu machen, wurde auch von der sowjetischen Vormacht unterstützt. Das Berlin-Ultimatum Chruschtschows setzte 1958 ganz auf diese offensive Strategie. Und taktisch forcierten Ost-Berlin und Moskau – trotz anders lautender offizieller Statements – vor allem die schrittweise Vertiefung der Spaltung der Stadt.

Mit der vollständigen Abriegelung der innerdeutschen Grenze und dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 mussten SED und KPdSU einen für sie katastrophalen Rückschlag im Kampf der Systeme hinnehmen. Es war ihnen nicht, wie sie gehofft hatten, gelungen, die angebliche Überlegenheit des Kommunismus in den Köpfen der Bevölkerung der DDR, geschweige denn der West-Berlins, zu verankern. Millionen flohen vor der SED-Diktatur – zumeist über Berlin – in die Freiheit. Die SED konnte das Überleben ihres nicht durch eine Mehrheit der Bevölkerung legitimierten deutschen Teilstaates und seiner „Hauptstadt“ nur noch mit dem Bau der Mauer retten.

Der Berliner Senat stand nun vor der schwierigen Aufgabe, Wege zur Verbesserung der Lage der eigenen Bevölkerung zu suchen und der Spaltung und einer möglichen Entfremdung der Bevölkerung in den beiden Stadthälften entgegen zu wirken. Hierzu war es von zentraler Bedeutung, den West-Berlinern wieder Möglichkeiten zum Besuch Ost-Berlins zu eröffnen. Da sich das Ulbricht-Regime weigerte, Reisefragen auf humanitärem Weg zu regeln, ließen sich für die Berliner Landesregierung bis dato umgangene politische Kontakte mit Ost-Berlin nicht mehr völlig vermeiden. Die über die Jahre aus sachlichen und/oder politischen Gründen erheblich ausgeweiteten Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Berliner Senat und Ost-Berliner Behörden stehen im Mittelpunkt der vorliegenden, im Forschungsverbund

SED-Staat der Freien Universität Berlin erarbeiteten Studie. Darüber hinaus werden die intensiven informellen Gespräche in den achtziger Jahren zwischen der SED und West-Berliner Oppositionsparteien, insbesondere der SPD, rekonstruiert und in den politischen Kontext eingeordnet.

Im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen der DDR und der Sowjetunion auf der einen und dem Berliner Senat und den westlichen Alliierten auf der anderen Seite stand ein vielgestaltiger und für Außenstehende kaum zu durchschauender Machtkampf um den Rechtsstatus der geteilten Stadt. Beide Seiten wichen insbesondere in den achtziger Jahren immer stärker von ihrer jeweiligen „reinen Lehre“ ab und gestalteten die eigene Politik pragmatischer. Trotz der sich verschärfenden ökonomischen Zwangslage der DDR konnte die SED-Führung in den achtziger Jahren auf manchen Feldern der Inner-Berliner Auseinandersetzungen erstaunlicherweise ihre Position verbessern, was der Autor des hier vorliegenden Buches vor allem auf schleichende Änderungen im normativen Gehalt westlicher Politik zurückführt.

So mancher der heute in Berlin aktiven Politiker wird sich wohl mit gemischten Gefühlen an seine eigenen oder die Aktivitäten seiner Parteifreunde in den Jahren der Teilung erinnern. Dies trägt sicherlich mit zur grassierenden – zumeist politisch motivierten – Geschichtsvergessenheit in der deutschen Hauptstadt bei. Inzwischen regiert die Rechtsnachfolgerin der Partei, die für fast dreißig Jahre die Verantwortung für die Berliner Mauer trug, gemeinsam mit der SPD diese Stadt.

Die vorliegende detaillierte Studie von Steffen Alisch schließt eine wichtige Forschungslücke und liefert reichhaltiges Material für eine Wiederbelebung der Diskussion über die Berliner Teilungsgeschichte und den Umgang mit ihr.

München, Berlin im November 2004

Peter März

Klaus Schroeder

Einleitung

Die alte Reichshauptstadt Berlin hatte für die SED eine überaus hohe politische Bedeutung. Die Sozialistische Einheitspartei nahm die Westsektoren Berlins von Anfang an als „Pfahl im Fleische“ des eigenen Herrschaftsbereichs wahr. Alle Anstrengungen zu dessen Beseitigung schlugen fehl – auch nach zwei von der sowjetischen Führungsmacht der deutschen Kommunisten vorsätzlich ausgelösten großen Berlin-Krisen, die die Gefahr eines Weltkriegs in sich bargen, blieb das Problem bestehen. Mit dem Mauerbau fand die Entflechtung und Abgrenzung der Einflussphären der Großmächte in Deutschland einen menschlich brutalen, aber politisch in der Logik der Ereignisse liegenden Abschluss. Die sich schon vor Ende des Zweiten Weltkrieges abzeichnende Teilung Europas war nun vollständig. Fast dreißig Jahre später verschwand mit der Berliner Mauer auch die europäische Nachkriegsordnung.

In der Berlin-Frage war der Spielraum der DDR gegenüber der Sowjetunion aufgrund des Vier-Mächte-Status der geteilten Stadt besonders gering. Trotzdem bemühte sich die SED-Führung vor allem seit den sechziger Jahren immer wieder um etwas mehr Eigenständigkeit. Zweifellos einig waren sich die beiden „Bruderstaaten“ jedoch in ihrem langfristigen Hauptziel, der Einverleibung West-Berlins in den kommunistischen Herrschaftsbereich.

Die SED verstand ihre (West-)Berlin-Politik – wie die Deutschlandpolitik allgemein – als Außenpolitik. Wie auf allen anderen politischen Feldern lag die „Kompetenzkompetenz“ nicht bei den zuständigen Staatsorganen, sondern bei der führenden Partei der DDR. Berlin-Fragen wurden hier auf hoher und höchster Ebene bearbeitet, oft genug waren sie „Chefsache“. Die entsprechenden Entscheidungen fielen häufig Walter Ulbricht und später Erich Honecker persönlich. Deren Spielräume wurden allerdings durch die starke Abhängigkeit von den letztlich (fast) immer entscheidenden Anweisungen aus Moskau eingeschränkt.

Neben „außenpolitischen“ und humanitären Problemen war die Situation in Berlin durch eine Vielzahl lokalpolitischer Schwierigkeiten geprägt, da Verkehrs-, Wasser- und Abwassersysteme etc. ursprünglich natürlich gesamtstädtisch angelegt wurden, was die Lage nach der Teilung noch komplizierter machte.

Beide Aspekte der SED-Aktivitäten in Berlin-politischen Fragen – Außen- bzw. Deutschlandpolitik und lokale Erfordernisse – spiegeln sich in den im Fokus der Arbeit stehenden Verhandlungen und Gesprächen zwischen der DDR und dem Berliner Senat deutlich wider. Nachdem die Kommunikation zwischen den deutschen Behörden im sowjetischen Sektor und denen im Westteil der Stadt infolge der Spaltung der Stadtverwaltung 1948 zunächst fast gänzlich zum Erliegen gekommen war, setzten diese Kontakte in den sechziger Jahren zögernd wieder ein und erreichten in den achtziger Jahren ihre größte Intensität. Die eigentlichen politischen Autoritäten in Berlin – die vier ehemaligen Alliierten des Zweiten Weltkriegs – trafen dagegen zwischen 1948 und 1989 nur einmal zu direkten Verhandlungen über Berliner Probleme zusammen. Dennoch darf ihre dominante Rolle in Berlin

selbstverständlich ebenso wenig aus den Augen verloren werden wie der Einfluss der Bundesregierung.

Ab 1958 stellten Sowjetunion und DDR die Nachkriegsordnung in Berlin offen in Frage. Der zwischen Ost und West bestehende Dissens über den völkerrechtlichen Status Berlins bildete auch den Hintergrund des Streits darüber, ob es dem Berliner Senat möglich sei, „souverän“ Verträge mit der DDR abzuschließen oder nicht. Während die SED alles tat, um die Bindungen West-Berlins an den Bund zu schwächen und somit auf Separatverhandlungen mit dem Berliner Senat beharrte, konnte dieser nach westlichem Rechtsverständnis als (der Exekutivgewalt der Alliierten Kommandantur unterstellte) Landesregierung keineswegs eine eigene „Quasi-Außenpolitik“ betreiben. Deshalb musste er sich für eventuelle Verhandlungen mit Ost-Berlin erst durch die Bundesregierung und die Westmächte autorisieren lassen, bzw. solche Gespräche ganz den übergeordneten Autoritäten überlassen. Die diesbezügliche Gemengelage wurde durch die innerwestlichen Meinungsverschiedenheiten über den Grad der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik noch unübersichtlicher gemacht.

Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich nach einem kurzen Überblick über die erste Phase der Spaltung der Stadt zwischen 1948 und 1961 auf die Zeit zwischen dem Bau und dem Fall der Berliner Mauer. Im Mittelpunkt meiner Analyse steht die „offizielle“ Ebene der vielfältigen Bemühungen der SED, ihre Vorstellungen in praktische Politik umzusetzen. Daneben existierte aber noch eine zweite, verdeckt operierende Struktur: Das geteilte Berlin war über Jahrzehnte ein Eldorado der internationalen Geheimdienste, die an der Nahtstelle zwischen Ost und West umfangreiche Aktivitäten entwickelten. Das sich selbst als „Schild und Schwert der Partei“ verstehende Ministerium für Staatssicherheit der DDR betrachtete West-Berlin als einen sehr wichtigen Bereich des „Operationsgebietes“ – wie die nicht-kommunistischen Teile Deutschlands vom Mielke-Apparat genannt wurden. Dessen vielfältige Versuche, Einfluss auf die Westsektoren zu nehmen, sind nicht zuletzt aufgrund der weitgehenden Vernichtung der Überlieferungen der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS nur teilweise bekannt und können im Rahmen dieses Buches nur punktuell angesprochen werden. Auch die im Laufe der Zeit durch DDR- und sowjetische Stellen immer wieder geplante „Radikallösung“ des West-Berlin-Problems durch eine militärische Intervention wird nicht weiter behandelt.¹

Meine Studie hat sich insbesondere die Erschließung von Primärquellen zur Aufgabe gemacht. Neben einer umfassenden Auswertung der Sekundärliteratur fließen aber auch Zeitzeugeninterviews, insbesondere mit auf beiden Seiten am Verhandlungsprozess Beteiligten, in die Darstellung ein.

Im Verlauf der Untersuchung geriet eine Vielzahl von Fragen in den Blick:

- Welche Interessen standen hinter der (West-)Berlin-Politik der SED?
- Wie ordnete sich diese in die Gesamtpolitik der DDR-Führung ein?

¹ Vgl. dazu Wenzel 1997.

-
- Wie groß waren die Handlungsspielräume der ostdeutschen Protagonisten in diesen Fragen – insbesondere gegenüber dem „großen Bruder“ in Moskau?
 - Welche Rolle spielte das deutsch-deutsche Verhältnis?
 - Wie sah das strategische Ziel der Berlin-Politik der SED in den verschiedenen Phasen aus?
 - Welche taktischen Mittel wurden insbesondere in den Verhandlungen mit dem Berliner Senat angewandt?
 - Wer waren die dominierenden Akteure?
 - Welchen Stellenwert hatten ideologische Vorstellungen bzw. wie stark realpolitisch/pragmatisch orientiert waren die handelnden Politiker?
 - Wie perzipierten sie die Verhältnisse in West-Berlin?
 - Last but not least soll nach den Wirkungen der „offiziellen“ Berlin-Politik der SED gefragt werden: In welchem Maße gelang es der Partei, Schwächen ihres westlichen Gegenübers auszunutzen?
 - Gibt es Nach-Wirkungen bis heute?

Eine Darstellung der (West-)Berlin-Politik der SED wäre ohne eine (Teil-)Analyse der (Ost-)Berlin-Politik des Berliner Senats und die Wechselbeziehungen zwischen beiden unvollständig. Der Autor bekennt sich hier zu einer bewusst normativen Betrachtungsweise, die von manchen der damals in der „real existierenden Parteiendemokratie“ mit all ihren Sachzwängen handelnden Akteure möglicherweise als übermäßig kritisch angesehen wird. Die von der Sowjetunion und der DDR ausgehende existenzielle Bedrohung der Freiheit West-Berlins war jedoch auch in den achtziger Jahren noch offensichtlich. Angesichts dessen erscheint die vor allem für diese Zeit zu konstatierende Blauäugigkeit nicht weniger West-Berliner Politiker aus heutiger Perspektive nur schwer nachvollziehbar.

Die zeithistorische Forschung hat die „Inner-Berliner“ Verhandlungen bisher nur bruchstückhaft analysiert. Im Kontext dieser Untersuchung ergab sich eine enge Kooperation mit einem der wichtigsten früheren Verhandlungsführer des Berliner Senats in den Gesprächen mit Ost-Berlin, Senatsdirigent a.D. Gerhard Kunze. Im Herbst 1999 veröffentlichte der Forschungsverbund SED-Staat in seiner Studienreihe eine Analyse Kunzes, die von Jochen Staadt und mir redaktionell unterstützt wurde, in der der Autor nicht zuletzt seine eigenen jahrzehntelangen Erfahrungen mit der Berlin-Politik der SED verarbeitet hat.² Während Kunze eine detaillierte Übersicht über alle Verhandlungen gibt, die von 1949 bis 1989 zwischen Vertretern beider Teilstädte geführt wurden, und dabei besonders die Aktivitäten des Berliner Senats beleuchtet, habe ich mich auf die SED-Konzeptionen, ihre Einordnung in die Gesamtpolitik der DDR und den Versuch ihrer Umsetzung konzentriert, was natürlich ebenfalls die Analyse der westlichen Aktionen und Reaktionen einschließt. Insoweit ergänzen sich beide Untersuchungen sehr gut.

² Kunze 1999.

Durch die Kooperation mit Kunze konnte auch ein methodisches Dilemma verkleinert werden, vor dem meine Arbeit stand: Eine Einsichtnahme war nur in Akten der SED bzw. der DDR-Staatsorgane möglich; der Berliner Senat ließ sich trotz mehrfacher Anfragen nicht zu einer Benutzungsgenehmigung für die im Landesarchiv Berlin lagernden einschlägigen Aktenkonvolute bewegen. Durch Gespräche mit Kunze und die von ihm erhaltenen Hintergrundinformationen konnte die „Schiefelage“ meiner Archivstudien etwas ausgeglichen werden.

Trotz der erwähnten Einschränkungen wurden im Rahmen der Untersuchung umfangreiche Archivbestände ausgewertet. Dabei habe ich mich insbesondere auf die Überlieferungen des Zentralen und Internen Parteiarchivs der SED konzentriert (heute in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv). Auch die Bestände der „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ erwiesen sich für das Thema als sehr bedeutsam. Gesichtet wurden ferner im Bundesarchiv Berlin lagernde Überlieferungen des DDR-Staatsrats sowie des Ministerrats. Die bei DDR-Akten zu bewältigenden „Glaubwürdigkeitsprobleme“ erwiesen sich als kleiner als bisweilen in der Öffentlichkeit von interessierter Seite suggeriert – eine quellenkritische Prüfung entsprechend fachlicher Standards vorausgesetzt.

Nicht selten wurden Berlin-politische Fragen auch direkt auf innerdeutscher Ebene verhandelt bzw. angesprochen, obwohl die SED dies eigentlich vermeiden wollte. Aus arbeitsökonomischen Gründen habe ich angesichts des Umfangs der einschlägigen Archivbestände und vor allem ihres Erschließungszustands auf eine vollständige Durchsicht der entsprechenden Vorgänge verzichtet. Insbesondere die nach dem Vier-Mächte-Abkommen gängige Praxis, (meist mit Finanzierungszusagen aus Bonn verbundene) Absprachen zwischen DDR- und Bundesregierung zu treffen und Ausführungsverhandlungen den Berliner Seiten zu überlassen, kann somit nur beispielhaft nachvollzogen werden, was die Darstellung der Berlin-Politik der SED in ihren wesentlichen Facetten jedoch nicht beeinträchtigt.

Die Vielzahl auszuwertender Archivalien, die zudem – wie z. B. die Überlieferungen des MfS – zum Teil nur unter Schwierigkeiten zugänglich sind, legt eine historisch-genetische, zum Teil deskriptive Darstellung nahe. Den roten Faden bildet dabei die Analyse der vielfältig variierten und mit unterschiedlichen Mitteln ausgetragenen Auseinandersetzung um den Rechtsstatus Berlins und seine praktischen Konsequenzen. Diese wurde sowohl zwischen den beiden Lagern als auch zum Teil innerhalb derselben geführt (DDR versus Sowjetunion; Berliner Senat versus Bundesregierung/Westmächte). Das chronologische Prinzip, das ich in den Kapiteln III bis V dieser Arbeit anwende, die die Zeit von der Spaltung der Stadtverwaltung 1948 bis zum Abschluss des Vier-Mächte-Abkommens 1971 behandeln, wird ab Kapitel VI durch ein stärker an Sachthemen orientiertes Forschungsdesign ersetzt. Die Untersuchungsstränge laufen dann teilweise zeitlich parallel – manchmal sind zum Verständnis Rückblicke bis in die unmittelbare Nachkriegszeit notwendig. Diese Vorgehensweise ergibt sich aus der Pluralität der Verhandlungsfelder zwischen

beiden Teilstädten ab 1972, während bis dato – wenn überhaupt – im Wesentlichen über Reise- und humanitäre Fragen gesprochen wurde.

Im Zentrum der Analyse der nach dem Vier-Mächte-Abkommen fundamental veränderten Lage steht die spezifische Berliner Variante der deutsch-deutschen „Vertragspolitik“, die beide Seiten zur Durchsetzung grundverschiedener Ziele betrieben.³ Während der Berliner Senat mit Hilfe der Bundesregierung und der Westalliierten die Lage der eigenen Bevölkerung soweit wie möglich verbessern wollte, ohne den Status der Stadt zu gefährden, bemühte sich die SED einerseits, den Vier-Mächte-Status Berlins soweit wie möglich abzuschleifen (z. B. durch die permanente Forderung nach dem Abschluss völkerrechtlich gültiger Verträge zwischen Berliner Senat und DDR-Regierung) und sich andererseits vertragliche Zugeständnisse mit möglichst viel harter Währung versüßen zu lassen. Um den Stellenwert des statuspolitischen Kleinkrieges für die SED zu verdeutlichen, werden die Berliner Verhandlungen der siebziger und achtziger Jahre vor allem unter diesem Blickwinkel beschrieben.

So entsteht Schritt für Schritt ein – vor allem die „Mauerzeit“ – darstellendes Panorama der vielgestaltigen Verhandlungsstrategien und -taktiken der SED und ihrer Staatsorgane in Berlin-politischen Fragen inklusive der Wechselwirkungen mit den Aktivitäten West-Berliner Behörden und Parteien. Aus den Vorüberlegungen ergibt sich folgender Aufbau der Studie:

Das erste Kapitel reflektiert Theorie- und Methodenfragen sowie den Forschungsstand. Ein überzeugendes theoretisches Konzept für die Untersuchung der Außenpolitik (real-)sozialistischer Staaten existiert bisher nicht. Ich greife deshalb vor allem auf Überlegungen Helga Haftendorns zurück, die einen stringenten Analyserahmen für außenpolitische Entscheidungsprozesse entwickelt hat. Darüber hinaus wird cursorisch auf die sehr reichhaltige Literatur zu Strategie und Taktik in politischen Verhandlungen eingegangen.

Ein zweiter einführender Abschnitt analysiert die Rahmenbedingungen der SED-Berlinpolitik. Behandelt werden der Satellitenstatus der „Deutschen Demokratischen Republik“ gegenüber der Sowjetunion, die Machtstrukturen im SED-Staat – insbesondere das Verhältnis zwischen Partei- und Staatsorganen, die West- und Berlin-politischen Institutionen in der DDR sowie die ideologischen und mentalen Prägungen der SED-Akteure, die in ihrer Perzeption der jeweiligen außenpolitischen Situation zum Ausdruck kamen.

³ Der Begriff „Vertragspolitik“ wird in der Literatur unterschiedlich gefüllt: Während Heinrich Potthoff damit die Phase vom Amtsantritt der sozialliberalen Koalition in Bonn bis zum Abschluss und der Ratifizierung der großen innerdeutschen Verträge (Transit-, Verkehrsabkommen, Grundlagenvertrag) bezeichnet (vgl. Potthoff 1997, S. 13), definiert Karl-Rudolf Korte Vertragspolitik als operative Ebene der Deutschlandpolitik aller Bundesregierungen: „Milderung der Teilungsfolgen; Förderung der Beziehungen zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten; Intensivierung dieser Beziehungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen durch permanente Verhandlungen“ (Korte 1998, S. 9 f.). Auch wenn die Intensität der Vertragsverhandlungen sehr unterschiedlich war, kann man m. E. für die siebziger und achtziger Jahre in Berlin durchgängig von Vertragspolitik sprechen.

Das dritte Kapitel betrachtet zunächst den kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs fixierten völkerrechtlichen Rahmen für den künftigen Status Berlins, der auf die gemeinsame Verwaltung der deutschen Hauptstadt durch die Sowjetunion, die USA und Großbritannien ausgelegt war. Es folgt ein Überblick über den von SED und sowjetischer Besatzungsmacht gemeinsam vorangetriebenen Prozess der Spaltung Berlins bis zum Mauerbau und die vergeblichen Bemühungen der westlichen Politik, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Ferner untersuche ich die 1958 von DDR und Sowjetunion gemeinsam ausgelöste zweite Berlin-Krise. Im Mittelpunkt stehen die jeweiligen Interessenlagen Ost-Berlins und Moskaus sowie der Entscheidungsprozess im Warschauer Pakt, der zum Bau der Berliner Mauer führte.

In einem ausführlichen vierten Teil analysiere ich die lange Zeit vergeblichen Bemühungen des Berliner Senats, nach der Abschnürung der Berliner Westsektoren wenigstens für seine eigene Bevölkerung Reisemöglichkeiten in den Ostteil der Stadt zu schaffen und die Reaktionen Ost-Berlins und Moskaus auf dieses Anliegen. Der Verhandlungsprozess und sein Vorfeld sowie die dahinter stehenden Motivlagen und Abhängigkeiten beider Seiten werden detailliert unter die Lupe genommen. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Bemühungen der SED-Politik, aus der humanitären Zwangslage des Berliner Senats soviel politisches Kapital wie möglich zu schlagen. Daneben spielt auch der Versuch Ulbrichts, in der Berlin-Frage seine Spielräume gegenüber der Moskauer Vormacht zu erweitern, eine wichtige Rolle. Schließlich frage ich nach den Gründen für die im Laufe der sechziger Jahre immer virulentere Schwächung der westlichen Verhandlungspositionen in Berlin, die von der SED letztlich genutzt wurde, um die „Passierscheinperiode“ zu beenden.

Erst mit den Vier-Mächte-Verhandlungen 1970 ergaben sich dann wieder bedeutende Veränderungen der Lage. Kapitel V fragt zunächst nach den Gründen für eine neue Verhandlungsrunde der ehemaligen Alliierten zur Berlin-Problematik und beschäftigt sich sodann mit den Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Ost-Berlin um sowjetische Zugeständnisse an den Westen. Anschließend werden die Treffen zwischen Beauftragten Ost- und West-Berlins im Vorfeld des Vier-Mächte-Abkommens thematisiert. Ergebnisse gab es erst nach dem Durchbruch auf alliierter Ebene, Inner-Berliner Gespräche fungierten nun als Ausführungsverhandlungen zum Vier-Mächte-Abkommen. Im Fokus der Analyse stehen die vergeblichen Versuche der SED, mittels dieser Verhandlungen und durch Interventionen in Moskau die als ungünstig eingeschätzten alliierten Übereinkünfte noch im eigenen Sinne zu verändern. Schlussendlich behandelt der Abschnitt den Umgang Ost-Berlins mit der nun unvermeidlichen Reise- und Besuchervereinbarung und dokumentiert Manipulationen der DDR an der Einreisestatistik für West-Berliner Besucher, die zusätzliche Devisenmillionen in die Kasse des nicht nur finanziell maroden SED-Staats spülten.

Teil VI beleuchtet die Berliner Variante der deutsch-deutschen „Vertragspolitik“ nach der Beruhigung der Lage in der geteilten Stadt und die Moskauer Reaktionen darauf. In den Blick genommen werden die in intensiven Konsultationen mit der Sowjetunion formulierten neuen Ziele der (West-)Berlin-Politik der SED und der erste

größere Konflikt mit dem Westen nach dem Zustandekommen des Vier-Mächte-Abkommens: die Kontroverse um das Umweltbundesamt. Anschließend geht es um die Anstrengungen der neuen Parteiführung, Statusveränderungen für den Ostteil der Stadt zu erreichen, d. h. diesen stärker in die DDR einzugliedern. Derartige Vorstöße wurden von der Sowjetunion jedoch nur halbherzig unterstützt, was der SED die Grenzen ihrer Souveränität auch in Berlin-Fragen erneut brutal verdeutlichte. Noch größer wurden die Interessengegensätze zwischen Moskau und Ost-Berlin, als es auf innerdeutscher und Inner-Berliner Ebene zu pragmatischen Vereinbarungen kam, an denen die DDR vorwiegend finanziell interessiert war. Die Sowjets hielten indes die politischen Gegenleistungen Ost-Berlins für zu groß. Die diesbezüglichen Auseinandersetzungen zwischen den „Bruderparteien“ werden beispielhaft anhand des Streits um die Wiedereröffnung des West-Berliner Teilstücks des Teltowkanals beschrieben.

Welche immense Rolle Statusfragen für die praktische Politik in der geteilten Stadt spielten, macht Abschnitt VII besonders deutlich. Ausführlich analysiere ich zunächst den Streit um die von den Alliierten einvernehmlich mit der Durchführung des Eisenbahnverkehrs in ganz Berlin beauftragten Deutschen Reichsbahn. Die SED reklamierte rechtswidrig Eigentums- und Hoheitsrechte der DDR auch über Verkehrsanlagen in den Westsektoren, was zu permanenten Konflikten mit dem Berliner Senat und den Westalliierten führte. Die politischen Rahmenbedingungen wirkten sich sehr negativ auf die Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn in den Berliner Westsektoren aus, erst recht nach dem Mauerbau und den anschließenden Boykottaufrufen. Die schlechte ökonomische Lage, insbesondere der S-Bahn, bekamen zuerst die West-Berliner Beschäftigten zu spüren. Deren Ärger entlud sich 1980 in einem großen Streik, in dessen Folge die SED einige Zeit später zähneknirschend zumindest den S-Bahn-Betrieb an den Berliner Senat übertrug. Statusfragen bestimmten darüber hinaus die von mir ebenfalls thematisierten Auseinandersetzungen um Schleusen und Wasserstraßen, Unglücksfälle an der Berliner Sektorengrenze sowie die vertragliche Regelung von Ver- und Entsorgungsproblemen der Berliner Westsektoren (Wasser, Müll, Elektroenergie etc.). Anhand dieser Problemfelder lässt sich die in Berlin sehr komplizierte Verschränkung lokalpolitischer und völkerrechtlicher Faktoren besonders klar zeigen.

Kapitel VIII behandelt die höchst problematische „Weiterentwicklung“ der Inner-Berliner Vertragspolitik in den achtziger Jahren. Der SED gelang es in diesem Zeitraum verstärkt, „technische“ Kontakte auf Beamtenebene in „politische“ Gespräche zu transformieren. Dabei traf sie auf breites Entgegenkommen des von Richard von Weizsäcker geführten CDU/FDP-Senats, der kaum statuspolitisches Problembewusstsein zeigte. Sensibler für diese Frage erwies sich erst Weizäckers Nachfolger Eberhard Diepgen. Sehr deutlich wurden die sich nach wie vor diametral gegenüberstehenden Interessen der politischen Führungen beider Teilstädte im Vorfeld des 750-jährigen Stadtjubiläums. Die SED wollte um fast jeden Preis gemeinsame Feiern vermeiden und verstärkte ihre Anstrengungen, die Interpretationshoheit über die Stadtgeschichte zu erreichen.

Parallel zu den Kontakten auf Behördenebene gelang es der SED in den achtziger Jahren, immer umfassendere Parteibeziehungen nach West-Berlin zu knüpfen. Teil IX analysiert zunächst Aspekte der Steuerung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) durch die Ost-Berliner Mutterpartei und die sich im Laufe der Jahre wandelnden Sichtweisen der SED auf die Alternative Liste. Als weitaus bedeutsamer erwiesen sich die auch aus Sicht der Parteiführung überraschend erfolgreich verlaufenden Kontakte zur West-Berliner Sozialdemokratie, deren Funktionäre sich zunehmend als verhinderte Außenpolitiker gerierten. Neue Perspektiven für die West-Berlin-Politik der Sozialistischen Einheitspartei ergaben sich mit der Bildung einer rot-grünen Koalition im April 1989, die sich des Ost-Berliner Wohlwollens gewiss sein konnte. Ausführlich beleuchte ich die Diskussion um den wenige Wochen später stattfindenden Besuch des Regierenden Bürgermeisters im Ostteil der Stadt. Am Ende des Kapitels steht ein Überblick über die weitgehend ergebnislosen Kontaktversuche der SED zu den bürgerlichen Parteien West-Berlins. Eine Schlussbetrachtung soll die Vielzahl der Handlungsfäden der vorliegenden Studie noch einmal aufnehmen und bündeln.

Im Verlauf der Untersuchung kristallisierten sich einige zentrale Annahmen heraus, die in der Darstellung umfassend belegt werden: Die Beseitigung oder zumindest Neutralisierung West-Berlins als „Pfahl im eigenen Fleisch“ hatte für die SED über die gesamte Zeit der Existenz ihres Staates hohe Priorität. Freilich unterlag ihre Berlin-Politik denselben Rahmenbedingungen wie andere Politikfelder, die Grenzen des Handelns der SED-Führung wurden hier zum Teil besonders deutlich sichtbar. Zum einen engte die Sowjetunion den Spielraum ihres Juniorpartners auf diesem Feld noch stärker ein als in anderen Bereichen. Zum anderen führte das undifferenzierte und anachronistische Feindbild „Imperialismus“ bezüglich der Beurteilung West-Berliner Verhältnisse zu wahrscheinlich noch größeren Differenzen zwischen Realität und Perzeption als beim Blick auf die eigene Gesellschaft.

Trotzdem – und obwohl sich die Partei- und Staatsführung insbesondere wegen der prekären Devisensituation auf westpolitischem Gebiet generell zu immer pragmatischerem Handeln gezwungen sah – gehörte die (West-)Berlin-Politik zu denjenigen Bereichen, in denen die SED vergleichsweise erfolgreich agierte. Ironischerweise stand die Partei eigentlich vor hervorragenden Berlin-politischen Aussichten, als die Mauer fiel. Nicht nur für die große Mehrheit der Mitglieder und Funktionsträger der Regierungsparteien in West-Berlin, auch für bedeutsame Teile der bürgerlichen Opposition hatten sich die normativen Perspektiven der eigenen Berlin-Politik verschoben. Statuswahrung galt vielen Vertretern der politischen Klasse nicht mehr als Eckpfeiler für den Erhalt der Freiheit der Stadt, sondern als Betätigungsfeld „ewig Gestriger“. Stattdessen frönte man naiven Entspannungsphantasien, die mit den realistischen Konzeptionen der Frühphase der „neuen Ostpolitik“ nur noch wenig zu tun hatten, da sie den aggressiven Charakter des kommunistischen Systems nicht mehr erkennen konnten oder wollten. Insbesondere die Verwirklichung der schon Mitte der achtziger Jahre von hochrangigen SPD-Vertretern in Gesprächen mit SED-Funktionären geäußerten Vorstellungen zur Zukunft West-Berlins hätte

die Teilstadt in eine verheerende Abhängigkeit vom Wohlwollen der DDR-Führung gebracht.

Dass die West-Berlin-Politik der SED trotz der schwierigen Rahmenbedingungen relativ erfolgreich war, lässt sich also weniger durch ihre immanenten Stärken, sondern vor allem durch die schwindende Widerstandskraft der West-Berliner politischen Klasse erklären, wie diese Studie zeigen soll.

Schließlich noch eine orthografische Bemerkung. Auch auf diesem Feld kämpfte die SED für ihre eigene Interpretation des Status der Stadt. Entgegen den Regeln der deutschen Rechtschreibung schrieb man nicht West-Berlin, sondern „Westberlin“, entsprechend fand der Leser in DDR-Lexika unter dem Stichwort „Berlin“ nur Informationen über den Ostteil der Stadt, während die Westsektoren als eigenes Stichwort unter dem Buchstaben „W“ auftauchten.⁴ Zwischen der im „imperialistischen Ausland“ verorteten „besonderen politischen Einheit Westberlin“ und der „Hauptstadt der DDR“ stand also nicht nur die Mauer, sondern fast das ganze Alphabet. Während die SED handfeste „Bezeichnungspolitik“ praktizierte, war das entsprechende sprachliche Problembewusstsein in West-Berlin sehr schwach ausgeprägt. Immer größere Teile der Medien und selbst der Verwaltungen übernahmen die von der SED initiierte Schreibweise. Auch mehrfach erlassene Richtlinien des Berliner Senats konnten an dieser Praxis nur wenig ändern.⁵ Heute taucht sogar in Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung wie selbstverständlich die Schreibweise „Westberlin“ auf. Demgegenüber verwende ich ausschließlich „West-Berlin“ bzw. den offiziellen, aber etwas hölzernen Terminus „Berlin (West)“. In Primärquellen aus der DDR wird die Originalschreibweise jedoch beibehalten.

Der Buchtitel paraphrasiert Äußerungen, mit denen Ost-Berliner Unterhändler ihre West-Berliner Verhandlungsgegner immer wieder auf die Abhängigkeit der „Insel“ West-Berlin von ihrer Umgebung aufmerksam machen wollten. Die Fotos sollen – z. T. über die im Text behandelten Themen hinaus – einige zentrale Aspekte der Lage im geteilten Berlin vor Augen führen.

Zum Gelingen des Buches haben zahlreiche Personen und Institutionen beigetragen, denen ich Dank schulde. Die Fritz-Thyssen-Stiftung hat den ersten Teil des Projekts großzügig finanziell gefördert. Gerhard Kunze verdanke ich interessante Gespräche und Hinweise. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesarchivs und der BStU stellten wahre Aktenberge bereit, besonderer Dank gilt hier Herrn Frank von der Birthler-Behörde. Priv.-Doz. Dr. Klaus Schroeder und Professor Dr. Werner Väth danke ich für die Betreuung der dem Buch zugrunde liegenden Dissertation, die am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin verteidigt wurde. Sigurd Hilkenbach,

⁴ Vgl. Wolle 1995b, S. 28 ff. Auch auf Ost-Berliner Stadtplänen wurde der Westteil nur als graue Masse dargestellt. Auf Nahverkehrskarten waren die Westsektoren zum Teil quasi implodiert, Potsdam grenzte dann direkt an den Berliner Bezirk Mitte.

⁵ Vgl. Kunze 1999, S. 236 f.

Bodo Schulz, Arved Raabe und Ralf Gründer (Archiv Berliner Mauer) stellten Fotos zur Verfügung. Dank gebührt auch Cornelia Bronder für Hilfe bei der technischen Erstellung des Manuskripts sowie Herausgebern und Verlag für die überaus angenehme Zusammenarbeit.

Personenregister

A

- Abendroth, Günter 339
 Abrassimow, Pjotr Andrejewitsch 37,
 94, 99, 115, 131, 132, 133, 134, 154,
 214, 229, 230, 231, 233, 235, 236,
 300, 301, 302, 306, 321, 378, 383
 Abusch, Alexander 95, 96, 97, 98,
 100, 102, 113, 125, 131
 Adenauer, Konrad 62, 74, 77, 87, 91
 Ahrens, Dietmar 335, 371
 Albertz, Heinrich 85, 87, 90, 95, 96,
 120, 131, 253, 340, 341
 Amrehn, Franz 92, 113
 Annußbek, Heinz 285
 Apel, Hans 351
 Appel, Reinhard 305
 Ariko, Grigori I. 68
 Arndt, Otto 253, 256, 257, 260, 261,
 263, 268, 274, 275, 276, 277, 279,
 281
 Arzinger, Rudolf 203
 Axen, Hermann 42, 125, 126, 183,
 220, 221, 226, 229, 285, 286, 299,
 331, 334, 335, 337, 338, 343, 371

B

- Bahr, Egon 33, 79, 94, 96, 97, 147,
 148, 153, 154, 155, 161, 170, 171,
 173, 193, 344, 365, 377
 Beater, Bruno 105, 192
 Behrendt, Heinz 87, 88, 89
 Belezki, Victor Nikolajewitsch 125,
 130, 131, 206, 208
 Bender, Peter 79, 83
 Berg, Hermann von 33, 82, 83, 97
 Bertsch, Herbert 152, 153
 Blecha, Kurt 97, 98
 Bölling, Klaus 302
 Bolz, Lothar 98
 Bondarenko, A. P. 208, 209, 223

- Bonwetsch, Bernd 58, 70
 Borm, William 44
 Brandt, Willy 61, 73, 77, 78, 79, 82,
 83, 84, 85, 90, 91, 92, 94, 95, 96,
 97, 98, 99, 100, 101, 103, 109, 115,
 117, 120, 133, 134, 135, 147, 148,
 150, 152, 153, 154, 203, 339, 340,
 341, 342, 344, 354, 355, 369, 377,
 391
 Braun, Josef 44
 Bräutigam, Hans-Otto 272, 273, 295,
 304, 319
 Breschnew, Leonid Iljitsch 126, 148,
 149, 150, 154, 203, 229, 235, 367
 Bucharin, Nikolai Iwanowitsch 46
 Burdakin (Sowjetischer Botschafts-
 sekretär in Ost-Berlin) 215
 Burkert, Rudolf 351

C

- Chruschtschow, Nikita 9, 32, 56, 58,
 59, 60, 62, 64, 65, 66, 67, 69, 70, 71,
 76, 91, 92, 99, 102, 114, 115, 367,
 376
 Clay, Lucius D. 137
 Kreuzberger, Stefan 54
 Croissant, Klaus 336
 Czepuk, Harri 114

D

- Damm (MfS-Oberst) 215
 Danelius, Gerhard 86, 93, 103, 104,
 180, 331, 332, 333
 Dickel, Friedrich 104, 129, 130, 132,
 180, 254, 314
 Diehl, Ernst 309
 Diepgen, Eberhard 17, 304, 305, 307,
 308, 311, 312, 314, 315, 316, 317,
 318, 319, 320, 354, 357, 359, 366,
 367, 368, 373, 385, 386

Djila, Milovan 37
Dohnanyi, Klaus von 318
Donda, Arno 192
Drath, Martin 39
Dulles, John Foster 54
Dutschke, Rudi 129, 130

E

Eberlein, Werner 49
Ebert, Friedrich 52, 82, 86, 98
Eckardt, Felix von 89
Egert, Jürgen 343, 352
Ehmke, Horst 365
Eikemeyer, Fritz 82
Eisenhower, Dwight David 61
Engelmann, Roger 29
Engels, Friedrich 38, 46
Eppler, Erhard 370
Erhard, Ludwig 109

F

Fabig, Wolfgang 373
Falin, Valentin 154, 371
Fechner, Herbert 125
Fechter, Peter 78, 87
Fedotow (stellvertretender Leiter der
sowjetischen Konsulatverwaltung)
204
Feuchter, Harri 202
Filitow, Alexej 58, 70
Fischer, Oskar 42, 43, 220, 221, 230,
232, 233, 273, 286, 299, 304, 311,
313, 319, 337, 338, 347, 358, 359
Fisher, Roger 25
Florin, Peter 180, 205
Fricke, Karl Wilhelm 60
Fulbright, William 72

G

Garton Ash, Timothy 35, 148
Gaulle, Charles de 62

Gaus, Günter 214, 222, 227, 228, 230,
267, 300, 302
Geißel, Ludwig 83
Genscher, Hans-Dietrich 210
Gerlach, Manfred 102
Gomulka, Wladislaw 70
Gorbatschow, Michael 39, 236, 318,
319, 331, 352, 366, 367, 368
Görtemaker, Manfred 54, 59
Grabert, Horst 135
Greese, Karl 74
Gromyko, Andrej A. 145, 147, 148,
154, 155, 161, 166, 167, 168, 171,
172, 173, 174, 177, 193, 226, 230,
231, 234, 235
Grotewohl, Otto 40
Grünberg, Heinz 331, 332
Guillaume, Günter 222
Gysi, Gregor 391
Gysi, Klaus 318

H

Häber, Herbert 42, 303, 304, 333,
334, 344, 345, 346, 347, 350, 351,
353, 373
Haftendom, Helga 15, 23, 24, 48
Hager, Kurt 47, 308, 309, 349, 350
Harrison, Hope M. 59, 60, 61, 68
Hase (West-Berliner SPD-Funktionär)
86
Heimann, Gerhard 344, 346, 352,
355, 356
Heinemann, Gustav 132, 163
Hendry, I. E. 32
Herda, Johannes 349
Herrmann, Detlef 33
Hertle, Hans-Hermann 33
Herz, Peter 258, 299
Hess, Peter 47
Hinkefuß, Dietrich 31, 194, 195, 198,
272, 277, 279, 281, 363
Hoffmann, Heinz 75, 286

Honecker, Erich 11, 30, 40, 42, 43,
49, 72, 87, 89, 126, 132, 140, 149,
163, 168, 175, 196, 200, 203, 208,
211, 212, 219, 222, 223, 226, 227,
228, 229, 230, 231, 232, 234, 235,
236, 268, 270, 272, 273, 276, 286,
287, 288, 289, 291, 299, 301, 302,
303, 304, 305, 306, 309, 311, 312,
313, 314, 315, 316, 317, 318, 319,
320, 324, 331, 332, 333, 335, 338,
342, 346, 347, 348, 349, 350, 353,
354, 357, 358, 361, 363, 364, 365,
366, 367, 368, 369, 370, 371, 372,
382, 385, 386, 388

Hotulew, Bronislaw 170, 204, 206

Hübner, Nico 222

I

Iklés, Fred Charles 25

J

Jackling, Roger 321

Jacobsen, Hans-Adolf 33

Jaehne, Hans-Dieter 114

Jefremow, Michail T. 185, 193, 208,
211

Jelavich, Peter 309

K

Kaiser, Jakob 149, 340

Kaiser, Monika 149, 150

Karnatz, Achim 339

Kegel, Gerhard 102, 126, 127, 152

Kennedy, John Fitzgerald 62, 65, 66,
67, 72, 77, 78, 95, 346, 376

Kennedy, Robert F. 139

Kiesinger, Kurt Georg 123, 125, 128,
130, 133, 135

Kissinger, Henry 153, 154

Klein, Helmut 349

Knabe, Hubertus 35, 343

Knapp, Udo 368

Kohl, Helmut 272, 305, 317, 318, 335
Kohl, Michael 98, 118, 119, 120, 121,
122, 123, 127, 130, 131, 135, 153,
154, 155, 161, 168, 170, 171, 193,
194, 205, 206, 208

Köhler, Henning 77

Kohrt, Günter 381

Kondraschow, Sergej A. 72

Konew, Iwan 71, 75

König, Johannes 91

König, Karl 131, 132

Korber, Horst 96, 97, 99, 100, 103,
110, 112, 113, 114, 116, 118, 121,
122, 123, 131

Korte, Karl-Rudolf 15, 24, 28, 29, 34,
35

Korth, Günter 157, 158, 159, 160,
161, 162, 163, 168, 169, 170, 171,
174, 176, 180, 181

Kösslin, Paul 249, 250, 252, 253

Kossygin, Alexej 130

Kotschemassow, Wjatscheslaw 315,
316, 317, 358, 371

Krack, Erhard 308, 309, 311, 313,
318

Kraft, Fritz 56

Kramer, Erwin 72, 256

Krenz, Egon 309, 314, 318

Krolikowski, Herbert 314

Kunze, Gerhard 13, 14, 30, 31, 32,
35, 55, 96, 119, 176, 195, 196, 214,
266, 267, 269, 270, 284, 288, 295,
305, 306, 307, 314, 315, 336, 350,
363

Kwizinskij, Julij A. 70, 204

L

Lafontaine, Oskar 318, 354

Landowsky, Klaus 359, 373

Langguth, Gerd 31

Lebow, Richard Ned 25, 26

Lektutat, Horst 227

Lemke, Michael 31, 60, 65, 68

Lemmer, Ernst 113
Lenin, Wladimir Iljitsch 46, 47
Leopold, Kurt 87, 88, 89, 90, 96
Lightner, Allan 137
Loewe, Lothar 387
Löffler, Kurt 311, 312, 313, 314, 315,
316, 318, 319
Lohr, Karlheinz 165
Longolius, Alexander 344, 346, 347,
348, 350, 351, 353, 354, 356, 359,
360, 369, 370
Lübke, Heinrich 132
Lüder, Wolfgang 170
Lummer, Heinrich 44, 89
Luxemburg, Rosa 46

M

Magen, Peter 88
Marx, Karl 38, 46
Meißner, Herbert 277, 279
Mielke, Erich 38, 45, 104, 105, 131,
140, 168, 180, 181, 191, 192, 193,
196, 199, 201, 215, 234, 286, 313,
314
Mitdank, Joachim 31, 32, 43, 73, 184,
185, 194, 195, 197, 204, 205, 209,
215, 218, 225, 258, 259, 284, 285,
286, 287, 297, 299, 302
Mittag, Günter 42, 131, 220, 221, 234,
251, 259, 260, 272, 273, 275, 276,
277, 279, 281, 286, 287, 288, 292,
294, 295, 299, 303, 317, 338
Mitter, Armin 38
Mitterand, François 318
Momper, Walter 291, 292, 308, 320,
324, 335, 355, 356, 358, 359, 360,
361, 362, 363, 364, 365, 366, 367,
368, 369, 370, 371, 372
Müller, Harald 201, 202
Müller, Ulrich 157, 159, 160, 161,
162, 163, 168, 169, 170, 171, 174,
176, 180, 181, 193, 381

Müller, Walter 31, 43, 183, 184, 194,
195, 209, 266, 267, 269, 270, 271,
272, 285, 302, 303, 304, 305, 306,
307, 310, 315, 344, 346, 347, 350,
351, 363, 364, 373, 374
Muth, Ingrid 34

N

Naumann, Alfred 283
Naumann, Konrad 308, 310, 314
Nawrocki, Joachim 260
Neubauer, Kurt 86, 125
Niederstadt, Jenny 331
Nier, Kurt 210, 222, 223, 228, 230,
233, 301
Nixon, Richard 145, 153
Norden, Albert 42

O

Ohnesorg, Benno 131
Otto, Wilfriede 74

P

Patton, Bruce 25
Perwuchin, Michail 88
Pieck, Wilhelm 40
Plück, Kurt 73
Podewin, Norbert 60, 67, 75
Poegel, Walter 203
Potthoff, Heinrich 15, 28, 29, 33, 34,
35, 214, 305, 365
Prittwitz, Volker von 24
Prowe, Diethelm 87, 89

R

Rasch, Walter 373, 374
Reagan, Ronald 318, 319, 352, 353,
367
Reichelt, Hans 293, 294
Reinhold, Otto 350

Rettner, Günter 335, 350, 352, 353,
354, 356, 358, 359, 360, 361, 363,
364, 369, 370, 371
Reuter, Ernst 391
Reuther, Werner 119
Ribbe, Wolfgang 309
Richthofen, Hermann von 301
Riedel, Siegfried 68
Ristock, Harry 304, 339, 341, 344,
345, 346, 347, 350, 351, 352, 353,
354, 355, 356, 357, 358, 359, 360,
369, 370, 373, 386
Rodjonow (stellvertretender sowjetischer
Außenminister) 210
Rodmann, Emil 86
Rosenau, James 34
Rush, Ken 154
Rush, Kenneth 321

S

Sauvagnargues, Jean 321
Schabowskis, Günter 314
Schalck-Golodkowski, Alexander 35,
42, 131, 132, 199, 222, 227, 272,
273, 275, 276, 279, 290, 291, 292,
293, 295, 296, 299, 302, 317, 383
Scharpf, Fritz W. 24
Scheel, Walter 147, 148
Schenk, Fritz 54, 58, 65
Schiebold, Werner 91, 95, 96, 97
Schierbaum, Hansjürgen 271, 272,
302, 303, 304, 306, 307, 310, 312,
347
Schiller, Karl 91
Schmidt, Helmut 30, 42, 214, 228,
267, 270, 301, 302, 303
Schmidt, Max 350, 352
Schmidt, Waldemar 56
Schmitt, Horst 263, 264, 268, 276,
331, 332, 333
Schneider, Dirk 44, 336, 386
Schnitzler, Karl Eduard von 111
Schreiber (West-Berliner SPD-Funk-
tionär) 86
Schreyer, Michaelae 293, 294, 372
Schröder, Dieter 271, 344, 364, 365
Schröder, Gerhard 109, 113
Schroeder, Louise 391
Schürmann (SPD-Fraktion Ber-
lin) 348
Schütz, Klaus 89, 125, 135, 156, 157,
159, 160, 181, 182, 184, 185, 193,
207, 211, 225, 341, 342
Schwarz, Hans-Peter 77
Schwedler, Rolf 282
Schweisfurth, Theodor 278
Seidel, Karl 30, 42, 43, 204, 205, 234,
267, 302
Seiffert, Wolfgang 33, 67, 262
Sejna, Jan 66
Semjonow, Wladimir S. 124, 132,
146, 152
Siebs, Benno-Eide 34, 35
Sindermann, Horst 168, 286, 303
Smirnow, Andrej 77, 371
Sommer, Klaus 227, 228
Spangenberg, Dietrich 83, 97
Springer, Axel 113
Stadt, Jochen 29, 34, 35
Stalin, Josef 37, 38, 40, 46, 53, 54
Stange, Jürgen 83
Stehle, Hansjakob 97
Steinbrück, Gerhard 249, 254
Steiner, André 65
Stobbe, Dietrich 265, 267, 300, 306,
310, 342, 365
Stoph, Willi 88, 90, 91, 117, 118, 122,
131, 132, 135, 150, 152, 153, 156,
157, 168, 170, 180, 181, 256, 283,
332
Strauß, Franz-Josef 74, 275, 350, 351
Stronk, Detlef 307, 312, 314, 315,
316, 319
Struve, Günter 170, 184, 185, 194,
195, 259, 299

T

Tito, Josip Broz 37
Tschemenko, Konstantin 235, 236
Tschuikow, Wassili Iwanowitsch 53

U

Ude (Senatssprecher) 349
Uhl, Matthias 66, 68, 69
Ulbricht, Walter 9, 11, 16, 31, 32, 38,
40, 42, 48, 53, 54, 56, 59, 60, 62, 63,
64, 65, 66, 67, 69, 70, 71, 72, 73, 75,
76, 85, 87, 88, 89, 90, 91, 95, 99,
102, 104, 115, 119, 123, 124, 126,
127, 130, 134, 147, 149, 150, 152,
159, 163, 203, 223, 309, 339, 376,
380, 382, 388
Ulrich, Peter 169, 344, 346
Ury, William 25

V

Verner, Paul 43, 93, 104, 260, 261,
263, 264, 268, 286
Vetter, Gottfried 84
Vogel, Hans-Jochen 269, 300, 301,
302, 303, 343, 344, 365, 366,
370
Vogel, Wolfgang 83, 134, 135, 212,
222, 383
Vogtmeier, Andreas 33

W

Wagner, Armin 66, 68, 69
Walden, Matthias 184
Wallraff, Günter 35
Walther, Paul 124
Wandel, Paul 88, 89, 90
Wedemeier, Klaus 318
Wehner, Herbert 120, 131, 134, 135, 222
Weizsäcker, Richard von 17, 44, 271,
272, 273, 299, 302, 303, 304, 305,
306, 307, 310, 311, 314, 315, 318,
324, 339, 344, 347, 348, 349, 354,
365, 368, 385, 386
Wendt, Erich 97, 98, 99, 100, 101,
110, 112, 113, 114, 116, 118
Wettig, Gerhard 31, 35, 68, 71, 76
Wetzlaugk, Udo 32, 35
Winters, Peter Jochen 277, 367, 368
Winzer, Otto 88, 90, 91, 94, 98, 99,
115, 125, 126, 147, 154, 155, 161,
166, 167, 168, 171, 172, 173, 174,
175, 176, 177, 178, 179, 183, 193,
194, 255
Wischnewski, Hans-Jürgen 133
Wolf, Markus 49, 83, 274
Wood, M. C. 32

Z

Zarapkin, Semjon K. 133
Ziegler, Erich 86
Zivier, Ernst R. 32
Zündorf, Benno 33